



**Hans-Joachim Otto MdB**

Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Rhein-Main

Mitglied des Bundesvorstandes der FDP

Vorsitzender des Ausschusses für Kultur und Medien  
des Deutschen Bundestages

# **Pressemitteilung**

Heutige Entscheidung des BVerfG im Verfahren „Nebeneinkünfte von Bundestagsabgeordneten“

## **OTTO: Jetzt ist der Gesetzgeber gefordert!**

Frankfurt am Main, 4. Juli 2007. Der Frankfurter Bundestagsabgeordnete und Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Rhein-Main **Hans-Joachim Otto** äußert sich als einer der Kläger beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) zu der heutigen Entscheidung des Zweiten Senats wie folgt: „Die heutige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zeigt den grundsätzlichen Klärungsbedarf in der Frage der Stellung des Abgeordneten im modernen parlamentarischen System, d.h. generell die Frage, was er wie darf und was nicht. Die Patt-Situation innerhalb des Verfassungsorgans zeigt, dass nun der Ball zurück im Feld des Gesetzgebers ist. Ich appelliere an den Gesetzgeber, diese dimetralen Gegensätze zu berücksichtigen und sich nicht leichtfertig darüber hinwegzusetzen“.

„Die Entscheidung des Gerichts hat deutlich gemacht, wie notwendig und berechtigt die Klage war, da sie einen Diskussionsprozess über die Rolle des Abgeordneten in Gang gesetzt hat und auch gezeigt hat, wie kontrovers auf höchster Ebene die Meinungen zu diesem Thema sind. Ich schließe mich dabei der Mindermeinung im Senat an: Wer freie Abgeordnete will, muss auch ein Mindestmaß an Vertrauen aufbringen, dass die vom Volk Gewählten ganz überwiegend mit Umsicht und verantwortlich mit ihrer Freiheit umgehen. Die Richter hielten auch fest, dass diese neuen Regelungen kontraproduktiv sind und eher zu weniger Transparenz führen. Dem kann ich nur zustimmen“, so Otto.

„Durch die geänderten Verhaltensregeln werden bestimmte Berufe von einem Bundestagsmandat praktisch ausgeschlossen und damit wird im Endeffekt ein repräsentatives Parlament verhindert“, erklärt Otto. „Mit den verschärften Regeln werden Freiberufler, Unternehmer und Handwerker aus dem Parlament gedrängt und die ohnehin schon zu beobachtende Entwicklung hin zu einem reinen Beamten- und Funktionärsparlament verstärkt. Berufserfahrung außerhalb der Politik ist unverzichtbar für eine funktionierende Demokratie. Je mehr praktische berufliche Erfahrung jemand in die Politik von außen mitbringt, desto besser. Ich bin klar für eine Offenlegung von Nebentätigkeiten und Transparenz. Verschärfte Regeln sind dann sinnvoll, wenn sie eventuelle Interessenkollisionen aufdecken. Die Angabe sämtlicher Einkünfte aus einem angestammten, herkömmlichen Berufsverhältnis ist hierzu eher ungeeignet“. Trotzdem werde er sich natürlich gesetzeskonform verhalten und sich den neuen Regelungen anpassen, so Otto weiter.

Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:

Roland Philippi, Tel: 069/ 97160-204, Fax: 069/ 97160-222, Email: [wahlkreis@hansjoachimotto.de](mailto:wahlkreis@hansjoachimotto.de)

Christian Zeis, Tel: 06172/ 998452, Fax: 06172/ 998462, Email: [zeis-pr@t-online.de](mailto:zeis-pr@t-online.de)

[www.hans-joachim-otto.de](http://www.hans-joachim-otto.de)

### Hintergrund:

Otto ist einer von neun Bundestagsabgeordneten, die in einer Organklage vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gegen die im Jahr 2005 geänderten Verhaltensregeln geklagt haben. Nach diesen neuen Regelungen müssen Abgeordnete nicht nur ihre Nebentätigkeiten veröffentlichen, sondern auch sämtliche einzeln daraus erzielten Einkünfte in pauschalisierter Stufenform angeben. Neben Otto traten auch Parlamentarier anderer Fraktionen wie z.B. Friedrich Merz (CDU), Siegfried Kauder (CDU) und Peter Danckert (SPD) als Antragssteller auf. Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat mit Urteil vom 4. Juli 2007 die Anträge der Bundestagsabgeordneten zurückgewiesen (BVerfG, 2 BvE 1/06 vom 4.7.2007). Durch eine Patt-Situation innerhalb des zweiten Senats konnte ein Verstoß gegen das Grundgesetz nicht festgestellt werden.